



WIESBADEN



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dietmar Weinert

Wiesbaden, 27.10.2011

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Mittwoch, 02. November 2011, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 17.8.2011**

2. **11-F-33-0038**

Integration/Inklusion - Wiesbaden barrierefrei
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 12.10.2011

Der Koalitions-Vertrag „Verantwortung für Wiesbaden“ beschreibt Aufgaben zur Integration und Inklusion behinderter Kinder in Kindertagesstätten und die Zielsetzung, einen kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung des „Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderung, Behindertenrechtskonvention, BRK“ zu erstellen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie weit sind die Integrationsbemühungen zugunsten behinderter Kinder in Tagesbetreuungseinrichtungen gediehen und welche weiteren Maßnahmen werden für erforderlich gehalten?
Es wird um separate Darstellung der Situation für die Bereiche Krippe, Elementarkindergarten, Schulhort, Betreuende Grundschule und Einrichtungen von Eltern-/Fördervereinen gebeten.
2. In wie weit wurden bisher bei der Gestaltung städtischer Eingliederungshilfen (SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe/SGB XII Sozialhilfe) Grundsätze des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderung, Behindertenrechtskonvention, BRK, bereits berücksichtigt, wo werden Schwerpunkte kommunalen Handlungsbedarfes gesehen und welche Planungen existieren zur Entwicklung eines kommunalen Handlungsprogramms?

3. 11-F-08-0051

Technische Ausstattung der Dr. Horst Schmidt Klinik
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 26.10.2011 -

Das HR-Magazin „defacto“ berichtete in seiner Sendung vom 25. September 2011 von einer Wiesbadenerin, die in der Dr. Horst Schmidt Klinik verstorben sei, weil die Klinik nicht über eine eigene Herz-Lungen-Maschine verfüge und auch keine andere Klinik im Rhein-Main-Gebiet mit einer solchen Maschine OP-Kapazitäten zur Verfügung stellen konnte.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. Trifft es zu, dass ein Krankenhaus der Maximalversorgung wie die Dr. Horst Schmidt Klinik nicht über eine solche lebensrettende Maschine verfügt?
2. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um eine solche Situation zukünftig auszuschließen?
3. Verfügt die Dr. Horst Schmidt Klinik über ausreichend qualifiziertes Fachpersonal, das eine solche Maschine bedienen könnte?

4. 11-F-33-0035

ANLAGE

Bedarfsgerechte Kinderbetreuung: Hearing zur Elternbefragung
- *Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 6. 10. 2011* -

5. **11-V-51-0044**

DL 27/11-9

Rückgabe nicht gebundener Mittel aus der Fehlbelegungsabgabe

6. **11-F-03-0081**

Rückgabe Fehlbelegungsabgabe

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.10.2011 -

Mit der Vorlage 11-V-51-0044 teilte der Magistrat mit, dass eine Rückgabe nicht gebundener Mittel aus der Fehlbelegungsabgabe iHv. 800.140,87 € an das Land Hessen erfolgen muss. Zu dieser Rückzahlung bestünden laut Vorlage keine Alternativen. Die Begründung dieses - nach unserer Kenntnis hessenweit einmaligen - Vorfalles ist sehr ungenau.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Seit wann ist bekannt, dass eine Rückzahlung der in Vorlage 11-V-51-0044 bezeichneten Mittel aus der Fehlbelegungsabgabe droht?
2. Welche Entscheidungen wurden getätigt bzw. welche Verantwortlichkeiten bestehen, um eine rechtzeitige Verwendung der Gelder grundsätzlich sicherzustellen?
3. Was waren die exakten „bauseitigen Gründe“ für das Scheitern, zumal ein Objekt im Eigentum der SEG stand und je ein weiteres im Eigentum der GWW und der Mainzer Wohnbau?
4. Warum wurden die städtischen Gremien nicht rechtzeitig über den drohenden Mittelverlust informiert, so dass sie ggf. über alternative Verwendung hätten entscheiden können?
5. Gab es Projekte im förderfähigen Wohnungsbau, die in den entsprechenden Zeiträumen nicht realisiert wurden, weil es an öffentlichen Mitteln gefehlt hat?
6. Wie ist der Stand der Mittelverwendung ab 2007? Wie ist der Stand bezüglich der Umsetzung des Beschlusses 0187 vom 16. Juni 2011 (Vorlagennr. 11-V-51-0019), welcher das Aufkommen der Fehlbelegungsmittel darstellt? Wie kann sichergestellt werden, dass für die Jahre nach 2007 nicht noch weitere Rückzahlungen erfolgen müssen, falls erneut geförderte Projekte nicht umgesetzt werden?

7. 11-F-03-0080

Starke Studis II

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.10.2011 -

Die Stadt Wiesbaden hat in den vergangenen Jahren mehrere Beschlüsse gefasst, welche die Wohnsituation der Studierenden in der Stadt verbessern sollten. Diese Beschlüsse wurden unter anderem gefasst im Rahmen des Tenors „Starke Stadt für Studis“. Wie aus der aktuellen Presse zu entnehmen und auch allgemein bekannt ist, fehlen in Wiesbaden weiterhin Wohnräume für Studenten besonders in Studentenwohnheimen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

Wie ist der aktuelle Umsetzungsstand des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung 0488 von 2009 im Projekt „Starke Stadt für Studis II“?

8. 11-F-08-0055

Amtsärztliche Untersuchungen im SGB II

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 26.10.2011 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Nach welchen Kriterien werden seitens der Verwaltung Termine zur amtsärztlichen Untersuchung für Leistungsberechtigte nach dem SGB II angesetzt?
2. Inwiefern werden die Betroffenen über die jeweilige Notwendigkeit aufgeklärt?

9. 11-F-08-0054

Anrechnung von Kindergeld im SGB II und SGB XII

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 26.10.2011 -

Bundesweit ist es Praxis, dass die Summe aus Regelsatz und anteiligen Kosten der Unterkunft übersteigende Kindeseinkommen (aus Unterhalt und Kindergeld) bei den anderen Mitgliedern im Haushalt angerechnet wird und damit deren Sozialleistungsanspruch mindert. Das 2007 geänderte Unterhaltsrecht stellt jedoch unmissverständlich klar, dass Unterhalt und Kindergeld nun Einkommen des Kindes und nicht der Eltern sind. Somit müssen Kinder, die ihren Bedarf selbst decken können, aus der jeweiligen Bedarfsgemeinschaft herausfallen und dürfen nicht zur Bestreitung des Unterhalts ihrer übrigen Familienangehörigen herangezogen werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Änderung des Unterhaltsrechts im Jahre 2007 wird Rechnung getragen, wonach Kindergeld jeweils dem Kind und nicht den weiteren Mitgliedern im Haushalt als Einkommen zugerechnet wird.

10. 11-F-08-0053

Bereinigung von Fahrtkosten im SGB II
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 26.10.2011 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie und in welcher Form die tatsächlichen Fahrtkosten in der Optionskommune Wiesbaden bei der Einkommensbereinigung berücksichtigt werden.

11. 11-F-08-0052

Angemessene Wohnkosten für unter 25-Jährige
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 26.10.2011 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Trifft es zu, dass es im Bereich des SGB II für unter 25-Jährige andere Angemessenheitskriterien für die Kosten der Unterkunft gibt als für über 25-Jährige?
2. Wenn ja, wie sehen diese aus? Und warum fehlen diese in der Antwort auf die schriftliche Anfrage der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 23.08.2011 Nr.18/2011?
3. Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgt eine Unterscheidung?

12. 11-A-50-0004

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

Tagesordnung II

1. **08-V-51-0071** **ANLAGE**

Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales
- Anträge III. Quartal 2011 -
2. **11-V-02-0002** **DL 28/11-1**

Dr. Horst Schmidt Kliniken, Monatsbericht August 2011
3. **11-V-12-0007** **DL 28/11-3**

Elternbefragung zum Bedarf an Tagesbetreuung für Kinder bis 10 Jahre; Ergebnisse der
Teilumfrage A: Kinder unter 3 Jahre
4. **11-V-20-0067** **DL 28/11-1 NÖ**

HSK: Erweiterung des Kassenkreditrahmens
5. **11-V-20-0031** **DL 27/11-2, 16/11-3**

Investitionscontrolling 1. Quartal 2011
6. **11-V-51-0029** **DL 28/11-9**

Ausführungsvorlage - Erweiterung der Kindertagesstätte Kostheim um 2 Krippengruppen
7. **11-V-51-0043** **DL 27/11-8**

Schlussbericht der 148. Vergleichenden Überörtlichen Prüfung "Erziehungshilfen"
8. **11-V-51-0045** **DL 27/11-10**

Realisierung der Standorte Soziale Dienste Nord in der Luisenstraße 23 und West in der
Dotzheimer Straße 97-99

- 9. 11-V-51-0047** **DL 27/11-11**
Neue Ausführungsrichtlinien zu Betriebs- und Investitionskostenzuschüssen im Bereich Kindertagesstätten
- 10. 11-V-51-0055** **DL 27/11-12**
Umbau und Sanierung von Haus Friedheim im Katharinenstift (EVIM)
- 11. 11-V-51-0057** **DL 28/11-10**
Energetische Modernisierung des Nachbarschaftshauses in der Rathausstraße 10, Wiesbaden-Biebrich, mit Förderung aus dem Bund-Länder-Programm zur Förderung der energetischen Modernisierung soziale Infrastruktur in den Kommunen - Investitionspakt; Programmbereich II
- 12. 11-V-53-0007** **DL 27/11-13**
Schaffung einer Planstelle bei Amt 53 für Trägeraufgaben im Rettungsdienst
- 13. 11-V-80-8009** **DL 28/11-18**
Projekt Wohnbetreuer - Verlängerung 2012 bis 2014

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Weinerth
Vorsitzender